

## Mit vereinten Kräften gegen Armut

### Stadt, Kirche und Wohlfahrt starten Initiative / Schulmittelfonds gefordert

gil. WIESBADEN Nach den Worten von Sozialdezernent Arno Goßmann herrsche in Wiesbaden eine Armuts-Situation, "die danach schreit, dass Initiativen ergriffen werden." Immerhin seien in der "reichen" Stadt Wiesbaden über 33000 Menschen auf staatliche Leistungen zur Existenzsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II angewiesen. Mit vereinten Kräften wollen Stadt, die Wiesbadener Kirchen und die freie Wohlfahrtspflege sich der Problematik annehmen.

Gestern erfolgte der Startschuss für die "Initiative gegen Armut - für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe in Wiesbaden". Diese hat sich viel vorgenommen - ist ihr Anspruch doch, die Lebenssituation von Armen zu verbessern. Kümmern will sie sich um Bildung, Arbeit, Wohnraum, soziale und kulturelle Teilhabe, gesunde Lebensführung und "um das Haushalten mit knappen Mitteln". Erste Ideen für konkrete Projekte und Maßnahmen habe ein gestriger Workshop mit 100 Fachkräften entwickelt. Von einer "Impulsveranstaltung" sprach Annette Wippermann, Regionalgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hessen. Diese Vorschläge müssten jetzt ausgewertet werden.

"Wir hoffen dann, relativ schnell konkrete Maßnahmen ergreifen zu können", zeigte sich Sozialdezernent Arno Goßmann zuversichtlich. Denn der greifbare Erfolg der jungen Initiative steht und fällt mit einer ausreichenden Finanzierung.

Auch wenn Goßmann davon ausgeht, dass sein Sofortprogramm über 5,5 Millionen Euro für Erziehung, Bildung, Betreuung und soziale Teilhabe am 14. Februar im Stadtparlament beschlossen wird, würde nur ein Bruchteil aus diesem Topf für die Aktivitäten der Initiative bereit stehen. Konkret bedeutet das wiederum, dass die Akteure für einen Großteil ihrer Projekte kräftig Überzeugungsarbeit bei der Politik leisten müssen, um an die notwendigen Gelder zu kommen.

Ein konkretes Projekt mit guten Chancen auf Umsetzung sei hingegen die Einrichtung eines Schulmittelfonds, um Kinder aus armen und einkommensschwächeren Familien bei der Anschaffung von Unterrichtsmaterialien zu unterstützen, sagte Goßmann. Der Sozialdezernent geht davon aus, dass ein entsprechender Prüfantrag von Bündnis 90/Die Grünen in der nächsten Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden wird.

Ein mittelfristiges Ziel der Initiative sei die Aufnahme des Schelmengrabens in das Landesprogramm "Soziale Stadt". "Dafür wollen wir jetzt die Voraussetzungen schaffen", kündigte Goßmann an.